

Deutschland, wo inzwischen bei gut der Hälfte der Einbürgerungen Mehrfachstaatsangehörigkeit geduldet wird, zeigt, dass einem Beharren auf dem Verbot der Mehrfachstaatsangehörigkeit, wie es Österreich praktiziert, nur wenig Positives abzugewinnen ist.

7. Demographie der Einbürgerung

Im Vergleich zur dichten politikwissenschaftlich-rechtlichen Literatur zum Thema Staatsbürgerschaft ist das konkrete Einbürgerungsverhalten in Europa wenig untersucht. Die meisten der vorliegenden Untersuchungen sind maximal zehn Jahre alt, meist handelt es sich um Einzelfallstudien, vergleichende Studien sind selten.

Relativ gut untersucht ist das Einbürgerungsverhalten in den USA. Eine aktuelle Studie (Sumption/Flamm 2012) nennt die Herkunft aus einem Land mit niedrigem Einkommensniveau, einen höheren Bildungsgrad, gute Englischkenntnisse und langdauernden Aufenthalt als die relevantesten erklärenden Variablen für eine hohe Einbürgerungsneigung. Auch die Herkunft aus einem politisch krisengeschütteltem Land sowie ein Flüchtlingsstatus erhöhen die Einbürgerungsneigung, während auch gut qualifizierte EinwanderInnen mit guten Englischkenntnissen und langdauerndem Aufenthalt aus reichen Ländern eine geringere Einbürgerungsneigung aufweisen, da sie sich offenbar von einer Einbürgerung weniger Vorteile erwarten (a.a.O., 4 – 12). Die gleiche Studie zeigt auch deutlich positive ökonomische Effekte der Einbürgerung: Gesamt gesehen, verdienen Eingebürgerte zwischen 50% und 70% mehr als nicht eingebürgerte EinwanderInnen, werden die meist höhere Ausbildung und die besseren Sprachkenntnisse kontrolliert, verbleibt noch immer eine „Einbürgerungsprämie“ um die 5% des Einkommens. Auch die Arbeitslosenraten und das Armutsrisiko sind bei Eingebürgerten deutlich niedriger. Diese Unterschiede werden damit erklärt, dass einerseits ArbeitgeberInnen vor der Bürokratie der Anstellung ausländischer ArbeitnehmerInnen zurückschrecken und andererseits die Einbürgerung von ArbeitgeberInnen als Signal für bereits stattgefundenene Integration angesehen wird (a.a.O., 11).

Eine Untersuchung der US - Volkszählung 2000 (Chiswick/Miller 2008) verweist auf die Interaktion von Herkunftsland- und individuellen Charakteristika zur Erklärung der Einbürgerungswahrscheinlichkeit, wobei individuelle Charakteristika die Einbürgerungsneigung zu einem höheren Anteil erklären als Herkunftslandcharakteristika.

Bezogen auf die individuelle Ebene, ist der Bildungsgrad der stärkste Einflussfaktor: Bildungshöhe korreliert bei Männern und noch stärker bei Frauen positiv mit der Einbürgerungswahrscheinlichkeit, gefolgt vom Alter bei der Einreise – je höher das Einreisealter, umso höher die Wahrscheinlichkeit, im Alter von 40 die US-Staatsangehörigkeit erworben zu haben. Bis zu einer Aufenthaltsdauer von 37 Jahren bei Männern und 40 Jahren bei Frauen steigt die Wahrscheinlichkeit der Einbürgerung mit der Aufenthaltsdauer, danach sinkt sie. Relativ gesehen, nimmt der Einfluss der Aufenthaltsdauer auf die Einbürgerungswahrscheinlichkeit mit der Dauer des Aufenthalts ab (Chiswick/Miller 2008, 30ff.). Ein weiterer die Einbürgerungswahrscheinlichkeit erhöhender Faktor ist das Leben in einem Familienverbund, dieser Faktor korreliert positiv mit dem Bildungsgrad. Andere untersuchte Variablen, wie z.B. Englisch als Haushaltssprache, Wohnort, Kinderanzahl, wiesen in dieser Studie keinen signifikanten Einfluss auf (a.a.O., 34).

Bei den Ländervariablen hatte die Akzeptanz der Doppelstaatsbürgerschaft im Herkunftsland (in den USA wird Doppelstaatsbürgerschaft akzeptiert) den größten, mit 2 – 3 Prozentpunkten dennoch relativ niedrigen positiven Vorhersagewert. Herkunft aus einem englischsprachigen Land war bei Frauen mit 7% und bei Männern mit 3% als Prädiktor für eine Einbürgerung statistisch signifikant. Eine deutlich höhere Einbürgerungswahrscheinlichkeit zeigte sich bei Eingewanderten aus Ländern mit einem niederen Wert auf dem Civil Liberty Index der Freedom-House-Organisation (www.freedomhouse.org) und bei Eingewanderten aus Ländern mit niedrigem BIP – dieser Effekt war bei Frauen deutlich höher als bei Männern (a.a.O., 36ff.). Auch die geografische Entfernung des Herkunftslands zum Wohnort korreliert positiv mit der Einbürgerungswahrscheinlichkeit. Negativ mit der Einbürgerungswahrscheinlichkeit korrelieren der Anteil an Ausgewanderten an der Bevölkerung des Herkunftslandes und der Anteil der Bevölkerung mit gleicher Herkunftssprache am Zielort (a.a.O., 38).

Ebenso auf der US - Volkszählung 2000 beruht eine Analyse der unterschiedlichen Einbürgerungswahrscheinlichkeiten verschiedener Herkunftsgruppen (Logan et al 2008). Während die Studie den überragenden Einfluss von Einreisealter, Aufenthaltsdauer, Bildungsstand und Englischkenntnissen bestätigt, zeigt sie auch, dass hispanische EinwanderInnen mit vergleichbaren individuellen Charakteristika die geringste und asiatische und „schwarze“ EinwanderInnen die höchste Einbürgerungswahrscheinlichkeit aufweisen (a.a.O., 549 ff.). Die AutorInnen erklären diese Unterschiede als Ergebnis einer unterschiedlichen kollektiven Reaktion auf den Minderheitenstatus in den USA und verweisen darauf, dass hispanische EinwanderInnen meist in Gebieten mit hoher ethnischer Konzentration und AsiatInnen in Gebieten mit niedriger ethnischer Konzentration leben würden. Eine vorwiegend co-ethnische Nachbarschaft würde die Einbürgerungswahrscheinlichkeit verhindern, da die Staatsbürgerschaft als Zeichen der Zugehörigkeit und Schutz vor Diskriminierung im Alltag weniger Relevanz hätten als in ethnisch gemischten Siedlungsgebieten. Dafür spreche auch, dass die Einbürgerungsraten in Bundesstaaten mit höheren Hürden beim Zugang zu Sozialleistungen für AusländerInnen höher sein würden als in liberaleren Bundesstaaten (a.a.O., 551).

Obwohl die Staatsbürgerschaftsgesetze in Europa sich stark unterscheiden und die Einbürgerungsraten stark schwanken, gibt es kaum vergleichende Untersuchungen zur Demografie der Einbürgerung in Europa. Auf der Basis von fünf gepoolten Wellen des European Social Survey (ESS) legten Vink et al (2013) eine erste vergleichende Studie der Eingebürgerten in 16 europäischen Staaten⁶ vor. Die Untersuchung umfasste nur Personen, die sich als Erwachsene einbürgern ließen und deren beiden Elternteile im Ausland geboren wurden und umfasste keine Einbürgerungserstreckungen auf Kinder (a.a.O. 9).

Gemäß der Studie variieren die Einbürgerungsraten (Anteil der Eingebürgerten an im Ausland Geborenen) mit Extremwerten von 13% in Luxemburg und 73% in Schweden stark. Eine zentrale erste Erklärungsvariable ist das Herkunftsland: EinwanderInnen aus Ländern mit einem Human Development Index (HDI) der UNO im obersten Quartil haben eine um 83% niedrigere Einbürgerungswahrscheinlichkeit als EinwanderInnen aus Ländern in den drei niedrigeren Quartilen. Zugewanderte aus niedrig entwickelten Ländern lassen sich auch durchschnittlich früher einbürgern als Zugewanderte aus hoch entwickelten Ländern.

⁶ Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich

Auf individueller Ebene ist der Zusammenhang mit der Aufenthaltsdauer am stärksten: EinwanderInnen mit einer unter 10 Jahre liegenden Aufenthaltsdauer sind um 90% seltener eingebürgert als solche mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 10 Jahren, auch dort, wo, wie in den meisten untersuchten Ländern, die Mindestaufenthaltsdauer für die Einbürgerung um fünf Jahre liegt (a.a.O., 14).

Wie in den vorgestellten US-amerikanischen Studien, korrelieren auch in Europa Bildungsstatus und sozioökonomischer Status deutlich mit der Einbürgerungswahrscheinlichkeit: Personen mit mindestens Sekundärstufenabschluss sind zu 25% wahrscheinlicher eingebürgert als solche mit Primärschulabschluss. Einen starken Einfluss hat auch der sozioökonomische Status, auf einer 100-stufigen Statusskala bringt jeder Punkt eine um 0,9 Prozentpunkte höhere Einbürgerungswahrscheinlichkeit. Arbeitslosigkeit senkt die Einbürgerungswahrscheinlichkeit, ebenso der Gebrauch einer anderen als der Staatssprache im Haushalt (- 45%).

Weitere wesentliche Erklärungsfaktoren sind der Familienstatus – Verheiratete sind mit einer um 65% größeren Wahrscheinlichkeit eingebürgert als Ledige, Geschlecht – Frauen sind zu 45% eher eingebürgert als Männer, und Alter.

In Bezug auf die Einbürgerungsbestimmungen der Zielländer ist vor allem die Akzeptanz von Mehrfachstaatsangehörigkeit zentral. EinwanderInnen, die ihre Herkunftsstaatsangehörigkeit behalten dürfen, lassen sich mit einer um 40% höheren Wahrscheinlichkeit einbürgern als jene Gruppen, die sie aufgrund von Herkunfts- oder Ziellandregelungen aufgeben müssen (a.a.O., 16). Allerdings ist diese Variable im Verhältnis zu anderen Erklärungsvariablen nur wenig aussagekräftig.

Gesamt gesehen werden jedoch alle analysierten Variablen deutlich vom Herkunftskontext bestimmt. Für Zugewanderte aus hochentwickelten Ländern sind die oben geschilderten Zusammenhänge zwischen Bildung, sozioökonomischem Status und Einbürgerungsneigung deutlich schwächer als für Zugewanderte aus ärmeren Ländern.

Die AutorInnen entwickeln für diese Unterschiede zwei Erklärungshypothesen, die durch eigene Studien zu untersuchen wären: Die höhere Einbürgerungswahrscheinlichkeit von Eingewanderten mit guter Bildung aus weniger entwickelten Ländern und ihre im Verhältnis frühere Einbürgerungsentscheidung könnten sich damit erklären lassen, dass diese stärker von der Staatsbürgerschaft eines reichen Landes profitieren würden, oder aber auch deshalb, weil sie eher in der Lage wären, die komplexen Einbürgerungsregeln zu verstehen, während auch weniger gebildete Eingewanderte aus reicheren Ländern ähnliche Regelwerke aus ihrem Herkunftskontext kennen würden. Für Eingewanderte aus reichen Ländern ist hingegen die Aufenthaltsdauer die zentrale Erklärungsvariable, was darauf hindeutet, dass in diesem Fall die Einbürgerung der Niederlassung nachfolgt bzw. es ihnen schwerer fällt, die Einbürgerungsbedingungen in einem kurzen Zeitraum zu erfüllen. (a.a.O., 19).

8. Einbürgerungsmotive

Die individuellen Motive für eine Einbürgerung wurden erst in den letzten Jahren zu einem Thema der Forschung. Für Österreich liegt die Dissertation David Reichels (2010) sowie eine Diplomarbeit über Einbürgerungen in Vorarlberg vor, die Einbürgerungsstudie des BAMF (2012) ist die aktuellste Untersuchung der Einbürgerungsmotive von in Deutschland